

Wolf Wagner

Die Rechtsextremen sagen ...

Inhalt

Vorwort...3 **1.** Das Grundgesetz sei ein „Diktat der Westalliierten“...7 **2.** Das Grundgesetz habe „Entstehungsmängel“...10 **3.** Das Grundgesetz habe wegen der Menschenrechte „Strukturmängel“...11 **4.** Ein „volksgewählter Präsident“ würde über den Parteien stehen...14 **5.** Die multikulturelle Gesellschaft sei „inhuman“...16 **6.** „Den Menschen“ gibt es nicht...20 **7.** Gemeinschaft gebe es nur zwischen Menschen mit gleicher Abstammung...23 **8.** Deutsch sei man nur durch Geburt...27 **9.** Demokratie sei nur Demokratie, wenn allein die Deutschen mitbestimmen...30 **10.** Einwanderung sei Völkermord...32 **11.** Multikulturelle Gesellschaft als Mord...34 **12.** Es gebe Rassen...36 **13.** Ausländer seien schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland...38 **14.** Ausländer raus sei ein Mittel zur Entlastung von Arbeitsmarkt und Sozialetat...40 **15.** Der gewalttätige Rassismus gegen angebliche „Mischlinge“...42 **16.** Die EU sei ein „Völkergefängnis“...44 **17.** Es müsse Schluss sein mit der Erinnerung an den Holocaust...46

Vorwort

Die NPD hat im Mai 2006 intern für Kandidaten und Funktionsträger „eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“ herausgegeben. Der sächsische Landtagsabgeordnete der NPD Jürgen Gansel, studierter Politikwissenschaftler und Historiker, – einer der intellektuellen Köpfe in der Partei – hat den Text verfasst. Die Broschüre ist im gleichen Jahr von der NPD neu aufgelegt worden und in die Öffentlichkeit gelangt. Seither hat die NPD die Broschüre nicht mehr öffentlich verbreitet. Der Text ist jedoch von Webseiten (z.B. redok.de), die der NPD kritisch

gegenüberstehen, in der Originalfassung übernommen worden und kann dort heruntergeladen werden.

Denn der Text ist sehr aufschlussreich. Er sollte den Funktionsträgern und Kandidaten helfen, andere Menschen vom rechtsextremen Gedankengut zu überzeugen. Daher findet man hier die Positionen der NPD besonders klar und griffig ausgedrückt. Dieser Text bietet eine ideale Gelegenheit, sich mit grundsätzlichen Positionen der Rechtsextremen kritisch auseinanderzusetzen.

Die Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen wie auch die Fachhochschule Erfurt haben den gesetzlichen Auftrag die freiheitlichen und demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland zu fördern und zu verteidigen.

Die Analyse des von der NPD verfassten

Textes zeigt, dass rechtsextreme Parteien und Gruppierungen wie die NPD sich von allen anderen demokratischen Parteien in Deutschland grundsätzlich unterscheiden und es darum unverzichtbar ist, sich mit ihrer Position auseinanderzusetzen:

1. Die NPD und ihre Anhänger können die Vielfalt einer Gesellschaft schwer ertragen. Sie wollen sie durch die Einfalt einer Volksgemeinschaft ersetzen. Dazu wollen sie alle, die nach ihrer Ansicht nicht zu dieser Volksgemeinschaft gehören, unterdrücken, verfolgen und vertreiben. Diese Politik würde die Freiheit in Deutschland nicht nur für die Ausgeschlossenen zerstören, sondern in der gesamten Gesellschaft ein Klima der Gewalt und der Bespitzelung einführen.
2. Weil sie die Vielfalt und Vernetztheit

der modernen Welt nicht ertragen können, wollen sie zurück zu einem vormodernen, „völkischen“ beinahe autarken Nationalstaat in den Grenzen von 1937. Diese Politik würde den Weltfrieden gefährden und mit dem Welthandel auch den Wohlstand in Europa zerstören.

3. Hinter den scheinbar rationalen und harmlosen Argumenten, mit denen wir uns hier auseinandersetzen, steckt bei den Rechtsextremen immer die Gewalt. Auch wenn die Rechtsextremen nicht mit Glatze, Springerstiefel und breitbeinigem Gehabe auftreten, sondern auf die Kraft der Argumente setzen und als friedlich argumentierende Menschen auftreten, sind sie Teil einer Strategie der terroristischen Gewalt, der bedrohlichen Fackelzüge

und Aufmärsche, der Gewaltmusik mit menschenfeindlichen Texten, der heimtückischen Überfälle und zahlreichen Morden auf anders aussehende Menschen.

Damit stellen sich NPD und andere, die so argumentieren, gegen die Vernunft, gegen alle Erkenntnisse der Wissenschaft und gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur gilt: Eine Gesellschaft muss sich gegen die Feinde einer vielfältigen Gesellschaft und gegen die Feinde der Freiheit frühzeitig wehren. Darum ist es nicht nur berechtigt, sondern Pflicht der Hochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung die Argumentationen der Rechtsextre-

men auf ihren gesellschafts- und freiheitsfeindlichen Kern hin zu untersuchen und zu durchleuchten.

Die Argumente des NPD-Textes sind im Folgenden nach ihrem Allgemeinheitsgrad geordnet, d.h. grundsätzliche Argumente kommen zuerst und je weiter man im Text vorangeht, desto speziellere und detailliertere Argumente werden behandelt. Die Überschriften fassen die Argumente, um die es geht jeweils kurz zusammen. Dann werden sie durch Zitate aus dem NPD-Text belegt. Danach folgt jeweils ein Kommentar, der nach den Maßstäben der Vernunft und den außerhalb rechtsextremen Kreisen allgemein anerkannten Ergebnissen der Wissenschaft, die Argumente des Textes möglichst einleuchtend und verständlich näher beleuchtet und bewertet.

Seit der letzten Auflage sind die Morde der Gruppe bekannt geworden, die sich National Sozialistischer Untergrund (NSU) nannte. Die Kenntnis, dass es gut gebildete junge Menschen aus gutbürgerlichen Elternhäusern gab, die nach außen ein normales Leben führten, von ihrer Umwelt geschätzt wurden und gleichzeitig Jahr für Jahr kaltblütig und planmäßig ihnen völlig unbekannte Menschen nur deswegen töteten, weil diese wie Immigranten aussahen, stellt den ganzen Text in einen neuen Zusammenhang und gibt ihm eine neue, bedrohlichere Bedeutung. Hinter den scheinbar harmlosen Formulierungen stand schon immer die Drohung mit tödlicher Gewalt (siehe oben). Der NSU hat deutlich gemacht, dass man es sich zu einfach macht, wenn man die Rechtsextremen für dumm, dumpf und

ungebildet hält. Es gibt bei ihnen eine kenntnisreiche, intelligente und gebildete Avantgarde mit großem Organisationsgeschick, Mut und Konsequenz. Diese Avantgarde ist bereit, alles, auch ihr Leben, einzusetzen für die Sache, die sie für richtig halten. Diese radikale Avantgarde verschafft auch den weniger klugen und gebildeten Mitgliedern das Gefühl, Teil einer Vorhut zu sein, die Verantwortung dafür übernimmt, Deutschland zu retten. Das Verrückte ist nämlich, dass diejenigen, die andere bedrohen und morden, sich selbst durch die wachsende Vielfalt der Gesellschaft bedroht fühlen. Sie sehen sich als Opfer, nicht als Täter.

Das macht die Analyse ihrer Denkstrukturen umso wichtiger. Dazu dient der folgende Text.

1.

Das Grundgesetz sei ein „Diktat der

Die Rechtsextremen sagen: „Das Grundgesetz hat Entstehungsmängel: Es ist ein Diktat der Westalliierten.“ Was ist davon zu halten?

Das Grundgesetz ist die gültige Verfassung Deutschlands. Es wurde in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geschrieben. Geprägt ist es von der Erfahrung mit der Demokratie in der Weimarer Republik, als die rechtsextremen Nationalsozialisten die von der Demokratie gewährten Grundrechte und Freiheiten nutzten, um

eben diese abzuschaffen. Weiter ist das Grundgesetz geprägt von den Erfahrungen mit zwölf Jahren Terror-diktatur unter Hitler und den Nationalsozialisten. Diese hatten den Zweiten Weltkrieg als Angriffskrieg begonnen und dabei viele Millionen Menschen verfolgt und vernichtet und die ganze Welt in Leid und Zerstörung gestürzt. Eine solche Zerstörung der Demokratie und Errichtung einer Diktatur sollte sich nicht wiederholen. Das ist das Hauptanliegen des Grundgesetzes. Darum mögen die heutigen Anhänger der damaligen Diktatur das Grundgesetz nicht. Sie versuchen, es mit allen Mitteln schlecht zu machen.

Eines dieser Argumente ist, dass das Grundgesetz selbst nicht demokratisch zustande gekommen sei. Die Alliierten

hatten nach dem schrecklichen Krieg Deutschland besetzt und aufgeteilt. Aber schon im August 1945 beschlossen sie, Deutschland wieder die Möglichkeit zu geben, das „Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem aufzubauen.“ Schon damals wurden wieder politische Parteien zugelassen, die bei den Gemeinde- und Landtagswahlen 1946/47 auch antraten. So gab es bereits 1947, lange vor dem Grundgesetz, überall in Westdeutschland demokratisch gewählte Landesregierungen.

Diese demokratisch gewählten Landesregierungen wurden am 1. Juli 1948 in den Westzonen von den Westalliierten beauftragt, eine verfassunggebende Ver-

sammlung einzuberufen. Wie der Name schon sagt, sollte sie eine Verfassung erarbeiten. Die Westalliierten stellten zwei Bedingungen:

1. Die Verfassung musste demokratisch sein. Das verstand sich aber von selbst und war daher sicherlich kein Diktat.
2. Sie musste föderalistisch sein, d.h. sie musste die Macht im Staat aufteilen zwischen der Ebene der Gemeinden, der Ebene der Länder und der Ebene des Bundes. Den Föderalismus, die Gliederung in eine zentrale, eine mittlere und eine lokale Ebene hatte es in der deutschen Geschichte schon immer gegeben, mit einer Ausnahme: Die Nationalsozialisten hatten den Föderalismus abgeschafft

und durch eine zentrale Diktatur ersetzt. Alle politischen Kräfte wollten nach dem Zweiten Weltkrieg zurück zum Föderalismus, besonders natürlich die Vertreter der Länder, die

in die verfassunggebende Versammlung entsandt worden waren. Darum kann auch hier von einem „Diktat der Westalliierten“ überhaupt nicht die Rede sein.

2. Das Grundgesetz habe „Entstehungsmängel“

Die Rechtsextremen sagen: „Das Grundgesetz hat Entstehungsmängel: es ist vom deutschen Volk nie in einer Volksabstimmung abgesegnet worden.“ Was ist dazu zu sagen?

Mit diesem Argument versuchen die Rechtsextremen dem Grundgesetz die Legitimität, die allgemeine Gültigkeit, abzuspochen. Das Grundgesetz sah vor, dass es Gültigkeit haben sollte, wenn zwei Drittel der Länder zustimmen würden. Alle Länder außer Bayern stimmten zu. Aber auch Bayern akzep-

tierte dann die Gültigkeit der neuen Verfassung. Damit hatte das Grundgesetz allgemeine Gültigkeit erreicht. Verfassungen müssen nicht durch Volksabstimmung beschlossen werden. Die Verfassung der USA, des zweitältesten demokratischen Landes der Welt, ist – genau wie das Grundgesetz – durch die Parlamente der Einzelstaaten beschlossen worden. Das älteste demokratische Land der Welt, England, hat überhaupt keine Verfassung. Seine Regeln erhalten durch die jahrhundertelange Praxis allgemeine Gültigkeit. Das Grundgesetz hat genauso durch die 50 Jahre erfolgreicher Praxis seine allgemeine Gültigkeit bestätigt. Niemand – außer den Rechtsextremen – denkt daran, es in Frage zu stellen.

3. Das Grundgesetz habe wegen der Menschenrechte „Strukturmängel“

Die Rechtsextremen sagen: „Das Grundgesetz hat Strukturmängel: Die Grundrechtsbestimmungen trüben vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich.“ Was ist dazu zu sagen?

Es gibt im Grundgesetz zwei Sorten von Grundrechten. Die einen sind Staatsbürgerrechte, die nur den deutschen Staatsbürgern zustehen. Dazu gehört das Wahlrecht oder die Versammlungs-

freiheit und das Recht, Vereine zu bilden, die Freizügigkeit und die Berufsfreiheit. Über sie heißt es zum Beispiel im Artikel 12: „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“ Hier sind Nicht-Deutsche den Deutschen nicht gleichgestellt.

Dann gibt es andere Grundrechte: Das sind die Menschenrechte, in denen werden alle Menschen, gleichgültig ob deutsch oder nicht-deutsch, einander gleich gestellt, weil sie als Menschen und nicht als Staatsbürger geschützt werden sollen. Denn Menschenrechte sind Rechte, die allen Menschen zukommen, einfach weil sie Menschen sind. Sie gelten auch überall auf der Welt für alle Menschen gleich. Deutsche haben diese Rechte also auch, wenn sie im Ausland

sind. Denn ohne diese Rechte könnten die Menschen ihr Menschsein nicht verwirklichen. Das wird ganz deutlich, wenn man sich die Menschenrechte im Grundgesetz anschaut:

An erster Stelle steht das Recht auf Leben, ohne das man gar nicht da wäre. Dann kommt das Recht auf Würde, das die Menschen gegen Übergriffe schützen soll. Im NPD-Programm heißt es: „Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen“. Demnach will die NPD nicht allen Menschen eine Würde zugestehen, die sie gegen Übergriffe schützt, sondern nur denjenigen, die dem eigenen „Volkstum“ und der eigenen „Kultur“ angehören, wie immer das von der NPD jeweils definiert würde. Schon damit ist die Absicht der Kritik an der „Menschenrechtstümelei“

klar: Es geht darum, alle zum Angriff freizugeben, die nicht zu den „Eigenen“ gehören.

Danach stehen die Rechte auf Freiheit und freie Entfaltung. Sie sollen allen Menschen die Möglichkeit zum vollen Menschsein geben.

Dann gibt es noch die allgemeinen Grundrechte auf Gleichbehandlung, die gegen Willkür schützen sollen, das Recht auf Glaubens- und Meinungsfreiheit, das die Freiheit erst zur Freiheit macht. Schließlich gibt es noch das im Grundgesetz als Grundrecht garantierte Recht, die eigenen Kinder nach eigenen Vorstellungen erziehen zu dürfen.

Diese Rechte gelten auf der gesamten Welt in allen Ländern, in denen die Parlamente die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen beschlossen

haben. Das sind beinahe alle, denn die Menschenrechte kommen aus der vernünftigen Überlegung, dass jeder Mensch überall eines Mindestschutzes bedarf, um Mensch zu sein.

Nur die Rechtsextremen sprechen von ihnen geringschätzig als „Menschenrechtstümelei“. Denn für sie gibt es keine gleichen Rechte für alle Menschen. Sie wollen den Deutschen in Deutschland überall Sonderrechte gewähren und den Ausländern und allen anderen,

die sie nicht zur „Volksgemeinschaft“ zählen, in Deutschland alle Rechte nehmen. Wenn alle Welt so dächte, würde das dann natürlich auch bedeuten, dass Deutsche nirgendwo auf der Welt außer in Deutschland Rechte hätten. Heute schützen die Menschenrechte Menschen auch als Touristen bei Reisen im Ausland weltweit gegen willkürliche Verhaftungen und Übergriffe. Das würde nicht mehr gelten. Reisen würde gefährlich werden.

4. Ein „volksgewählter Präsident“ würde über den Parteien stehen

Die Rechtsextremen sagen: „Wir sollten das Parteienregime durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen. Das würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien.“ Was ist davon zu halten?

Volksabstimmungen und Direktwahlen können sinnvolle demokratische Re-

gelungen sein. In vielen Ländern der Welt gibt es sie. Den Rechtsextremen geht es mit ihrem Argument jedoch um etwas anderes. Sie wollen die Parteiendemokratie und die Freiheit eines jeden, zusammen mit anderen für seine Interessen einzutreten, abschaffen. Das ist der Sinn ihrer Aussage, ein vom Volk gewählter Präsident und Volksabstimmungen in allen wichtigen Fragen würden die Parteien und Interessengruppen unnötig machen.

Die erste Frage ist, warum sollte man Parteien und Interessengruppen unnötig machen wollen? Das wäre nur sinnvoll, wenn es einen einheitlichen, immer richtigen „Volkswillen“ gäbe. Man muss aber nur herumhören und schon wird man sehen, dass es auch im engen Kreis der Freunde ganz viele verschiedene Meinun-

gen darüber gibt, was „richtig“ ist in einer Gesellschaft. Wie viel mehr Unterschiede muss es dann unter 80 Millionen Menschen geben.

Den „Volkswillen“ gibt es nicht. Wer davon redet, will seine eigene Meinung zum Diktat machen.

Aber auch geschichtlich stimmt das Argument vom Verschwinden der Parteien und Interessengruppen bei einem direkt vom Volk gewählten Präsidenten und bei direkten Volksabstimmungen nicht. Im Gegenteil: Nach dem Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik, hatte Deutschland ein solches System. Es gab Volksabstimmungen und der Präsident wurde als Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt. Dieses System gibt es auch heute noch in den meisten Ländern Amerikas. Und selbstverständ-

lich gab es damals in der Weimarer Republik wie heute in Amerika bei den Präsidentenwahlen eigene Kandidaten jeder Partei und heftige Wahlkämpfe. Das galt und gilt natürlich auch für die Volksabstimmungen. Damals in der Weimarer Republik wie heute in Amerika gab und gibt es selbstverständlich Interessengruppen.

Gewerkschaften sind Interessengruppen. Elternverbände sind Interessengruppen. Bürgerinitiativen sind Interessengruppen. Sie sind nichts Böses. Im Gegenteil: Sie sind ein nützliches Mittel, um herauszufinden, was die Menschen wollen und so möglichst viele Interessen zu berücksichtigen.

5. Die multikulturelle Gesellschaft sei „inhuman“

Die Rechtsextremen sagen: „Mensch kann der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gemeinschaft ausbilden kann. Deshalb ist die multikulturelle Gesellschaft zutiefst inhuman.“ Was ist davon zu halten?

Das Bedürfnis nach Gemeinschaft ist berechtigt und verständlich. Die Familie ist die erste Gemeinschaft, in ihr wächst man auf. Dann hat man die Gemeinschaft der etwa gleichaltrigen Jungs und Mä-

dels, mit denen man zusammen spielt, streitet, lernt und die Welt entdeckt. Danach kommt die Gemeinschaft der Schulklasse und dann die der befreundeten Kolleginnen und Kollegen und vielleicht der neuen eigenen Familie. Menschen brauchen Gemeinschaft.

Was zeichnet solche Gemeinschaften aus? Es sind überschaubare Gruppen, in denen sich alle kennen und schätzen, in denen man etwa gleicher Meinung ist, an die gleichen Werte glaubt und sich gegenseitig unterstützt, also tatsächlich „unter seinesgleichen ist“ und sich „solidarisch“ (d.h. unterstützend) verhält. Sie sind aber auch enge Gebilde mit einem starken Zwang zur Harmonie und zur Anpassung. Abweichung und Vielfalt können sie nur schwer aushalten. Auftretende Konflik-

te werden unterdrückt und unter den Teppich gekehrt.

Aber der Mensch lebt eben nicht nur in Gemeinschaften. Die einzelne in sich verschworene Familiengemeinschaft lebt neben vielen anderen Familien, die alle anders sind, je nachdem, ob sie zum Beispiel auf dem Land wohnt und Landwirtschaft betreibt oder in der Stadt und von Schichtarbeit lebt. Die eigene Gemeinschaft der etwa Gleichaltrigen ist auch nur eine von vielen, und oft sind sich benachbarte Gemeinschaften spinnefeind. Auch die Gemeinschaft der Schulklasse ist eine von vielen in der Schule. Und je nach Alter und Zusammensetzung ist jede Klasse anders als die anderen. Die Schule selbst ist wieder nur eine von vielen Schulen im Land. Und die sind alle sehr verschie-

den voneinander, je nachdem, ob sie in der Stadt oder auf dem Land liegen, ob es Gymnasien sind oder Realschulen, ob sie Sportschulen sind oder allgemeinbildend, ob sie in Bayern liegen oder an der Nordsee.

Außer in seiner Gemeinschaft lebt der Mensch also in einer Ansammlung von vielen anderen Gemeinschaften, die alle voneinander recht verschieden sind. Diese Ansammlung unterschiedlicher Gemeinschaften nennt man Gesellschaft. In ihr gibt es Vielfalt der Werte und Meinungen, der Verhaltensweisen und der Lebensverhältnisse. Und darum gibt es auch unvermeidlich Konflikte, die ausgeglichen werden müssen.

Auch wenn in Deutschland kein einziger Ausländer leben würde, bliebe Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft.

Schon Bayern und Friesen haben durchaus unterschiedliche Kulturen. Großstadt und Land haben unterschiedliche Werte, Ziele und Regeln. Unterschiedliche Werte, Ziele und Regeln sind das, was Kulturen voneinander unterscheidet. Wenn sie sich voneinander unterscheiden, hat man eine multikulturelle Gesellschaft. Und das ist gut so. Denn die Begegnung mit dem Fremden ist ja auch immer anregend und eine Chance zum Lernen, zur Entwicklung. Die europäische, auch die deutsche, Kultur ist entstanden aus der Verschmelzung von arabischen, jüdischen, byzantinischen, römischen, griechischen und germanischen Elementen. Ohne diese multikulturellen Anregungen würden wir heute noch unter heiligen Eichen Met trinken

und uns einmal in der Woche mit kaltem Wasser waschen.

„Mensch kann Mensch nur da sein, wo er in Gemeinschaft lebt“ ist also offensichtlich Unsinn. Wir sind Menschen immer zugleich in Gemeinschaften und in der Gesellschaft. Und jede Gesellschaft ist immer schon unvermeidlich multikulturell geprägt durch Anregungen aus der ganzen Welt.

Die Sehnsucht nach Gemeinschaft ist verständlich. Gemeinschaft bedeutet Sicherheit und Zuverlässigkeit. Darum fühlen sich Menschen ohne Gemeinschaften, auf die sie sich verlassen können, häufig sehr einsam.

Das so extrem formulierte Bedürfnis nach Gemeinschaft in dem Satz „Mensch kann Mensch nur da sein, wo er in Gemein-

schaft lebt“ zeugt von solcher Einsamkeit und einem ausgeprägten Bedürfnis, sich der Verunsicherung und Uneindeutigkeit einer vielfältigen Gesellschaft durch eine besonders enge Gemeinschaft zu entziehen, selbst wenn sie eine Zwangsgemeinschaft ist. Eine solche Angst vor Verunsicherung und Uneindeutigkeit könnte erklären, warum

intelligente und gebildete Menschen wie die Mitglieder der NSU sich so sehr durch Menschen mit Migrationshintergrund bedroht fühlen konnten, dass sie zu Mördern wurden.

Inhuman ist aber nicht die multikulturelle Gesellschaft, sondern der Ausschluss oder gar Vernichtung alles Fremden, den sich die Rechtsextremen wünschen.

6. „Den Menschen“ gebe es nicht

Die Rechtsextremen sagen: „Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen. Dem Menschen ‚an sich‘ kann man gar nicht begegnen, wohl aber dem Russen oder dem Chinesen.“ Was ist davon zu halten?

Diese Aussage will die Gemeinsamkeit der Völker nicht zulassen. Die Deutschen seien etwas ganz anderes als

alle anderen Menschen und darum müssten sie sich abseits halten von allen anderen, so die Logik der Rechtsextremen.

Doch schaut man sich diese Logik genauer an, stellt sie sich als ganz und gar unlogisch heraus. „Den Menschen gibt es nicht, es gibt nur den Deutschen, den Franzosen und den Türken“ ist von der Logik her das Gleiche wie wenn ich sage: „Den Baum gibt es nicht. Es gibt nur den Apfelbaum, den Birnenbaum und den Pflaumenbaum“. Oder: „Schnaps gibt es nicht. Es gibt nur Apfelschnaps, Himbeerschnaps und Nordhäuser Doppelkorn.“ Schnaps ist das, was alle Schnäpse gemeinsam haben, so wie Baum das Gemeinsame aller Bäume ist.

Mit der gleichen Logik könnte man auch sagen: „Den Deutschen gibt es

nicht, es gibt nur Hans, Marie, Ronny und Kerstin.“ Denn das Wort „der Deutsche“ soll wie jeder Allgemeinbegriff das benennen, was alle Deutsche gemeinsam haben. „Der Deutsche“, „der Franzose“ und „der Türke“ sind also genau die gleiche Abstraktion von der Einzelpersone wie bei „der Mensch“. „Der Mensch“ beschreibt das, was alle Menschen und Völker gemeinsam haben. Wenn es „den Menschen“ nicht gibt, dann gibt es auch nicht „den Deutschen“. Auf den wollen die Rechtsextremen aber auf keinen Fall verzichten. Wir brauchen solche Allgemeinbegriffe wie „der Mensch“. Anders könnten wir die Welt nicht verstehen. Wir würden vor der Vielfalt und Masse der Einzelpersonen überwältigt werden. Dem Kleinkind ist jede Einzelpersone

neue, alles, was es das erste Mal sieht, neu. Es sieht, dass jeder Baum, jeder Mensch anders ist als der nächste. Nach und nach lernt es, in Bäumen Gemeinsamkeiten zu sehen und Apfelbäume von Tannenbäumen zu unterscheiden. Es lernt Männer von Frauen zu unterscheiden und die einen Onkel und die anderen Tante zu nennen. Damit hat das Kind erste abstrakte Begriffe gebildet. „Onkel“ abstrahiert von den Unterschieden zwischen den Männern, zieht sie ab und lässt das Gemeinsame, die Eigenschaft Mann zu sein, übrig. Nur so kann das Kind die Vielfalt der Welt verstehen und begreifen. Wir können dann Menschen von Tieren und Pflanzen unterscheiden, wissen, was Gesetze, was Bäume sind und was Wein und was Schnaps ist. Selbstverständlich

kennen die Rechtsextremen solche Allgemeinbegriffe und verwenden sie ständig (das „Volk“, „der Russe“, „der Chinese“). Sie wehren sich gegen die Verallgemeinerung „Mensch“, weil sich aus ihr allgemeine Menschenrechte ergeben, die sie verpflichten würden, alle Menschen

gleich zu behandeln, keine Unterschiede zu machen zwischen völkisch Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, von denen sie sich so bedroht fühlen, dass sie meinen, sie vertreiben und ermorden zu müssen.

7. Gemeinschaft gebe es nur zwischen Menschen mit gleicher Abstammung

Die Rechtsextremen sagen: „Nur eine Abstammungs- und Kulturnation kann echte Gemeinschaftskräfte entwickeln und eine Schutz- und Solidargemeinschaft bilden. In scharfem Gegensatz dazu steht die bloße Bekenntnis- und Staatsnation nach westeuropäischem Vorbild mit ihrem abstrakten, emotionskalten ‚Verfassungspatriotismus‘.“ Was ist davon zu halten?

Eine Gemeinschaft, das sind Menschen, die sich alle von Angesicht zu Angesicht kennen und gleiche Werte und Anschauungen haben. Das klassische Beispiel für eine Gemeinschaft ist die Familie, Vater, Mutter und die Kinder. Darum klingt der Satz der Rechtsextremen für Viele ganz vernünftig. Aber selbst für Familien stimmt der Satz nicht. Denn Vater und Mutter kommen aus nicht miteinander verwandten, also verschiedenen Familien, denn sonst wäre es der in Deutschland verbotene Inzest. Vater und Mutter sind also nie gleicher Abstammung. Dennoch sind Familien selbstverständlich Gemeinschaften. Schon hier zeigt sich, wie unsinnig der Satz ist. Aber schauen wir uns noch andere Gemeinschaften an, denn Gemeinschaften gibt es auch au-

ßerhalb der Familie. Eine Schulklasse wird mit der Zeit zu einer Gemeinschaft, auch wenn ihre Mitglieder aus aller Welt kommen. Freundeskreise bilden Gemeinschaften gleichgültig, ob ihre Mitglieder gleiche Abstammung haben oder nicht. Eine Gemeinschaft ist also überhaupt nicht an Abstammung gebunden. Entscheidend für eine Gemeinschaft sind enges Zusammenleben, direkter Kontakt zwischen ihren Mitgliedern von Angesicht zu Angesicht und ähnliche Auffassungen.

Ein Staat oder Nation besteht aus vielen Millionen Menschen. Ein Staat oder eine Nation kann gar keine Gemeinschaft sein. Ihre Mitglieder können sich nicht von Angesicht zu Angesicht kennen. Und unter ihnen gibt es unvermeidlicherweise sehr unterschiedli-

che Werte und Anschauungen, die nur durch die Werte der Verfassung zusammengehalten werden.

Die Rechtsextremen fühlen sich durch solche Vielfalt bedroht. Sie suchen die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Gemeinschaft, die sie möglicherweise nie richtig erfahren haben, und finden sie in der Kameradschaft der Gesinnungsgenossen.

Ein Staat oder eine Nation ist immer eine Gesellschaft und keine Gemeinschaft. Das würde selbst dann gelten, wenn alle Mitglieder des Staates oder der Nation die gleiche Abstammung hätten. Auch dann würde sie aus sehr unterschiedlichen Menschen, Männern und Frauen, Kindern und Alten, Reichen und Armen, Starken und Schwachen, Stadt- und Landbevölkerung, Frühaufstehern und Langschläfern, Faulen und Fleißigen, Gottgläubigen und

Gottlosen, also aus ganz unterschiedlichen Menschen bestehen.

Damit sie miteinander zurechtkommen gibt es die Politik. In ihr werden durch die Vertreter der so unterschiedlichen Interessen und Lebenslagen gemeinsame Regeln und Gesetze entwickelt. Sie sorgen für den Schutz der Schwachen, Alten, Armen und bilden so eine solidarische Gesellschaft. Die obersten und zugleich grundsätzlichen gemeinsamen Regeln sind in der Verfassung festgelegt. Wenn sie gut sind, bilden sie eine gute Gesellschaft, in der alle, trotz ihrer großen Verschiedenheit gut zusammen leben können. Darauf kann man dann stolz sein. Das ist gemeint mit „Verfassungspatriotismus“.

Menschen mit einer Kindheit, in der sie Gemeinschaft erfahren konnten und

danach weiter in zuverlässigen Gemeinschaften aufgewachsen sind, haben gelernt, mit Unterschieden zu leben. Ihnen genügen die kleinen Gemeinschaften, der Freundeskreis, die Familie, in der sie leben, für ihre emotionale Geborgenheit. Sie müssen nicht die ganze Gesellschaft zu einer Gemeinschaft machen.

Wer die Gesellschaft zur Gemeinschaft machen will, muss ihre Freiheit und Vielfalt abschaffen. Deshalb haben schon die Nationalsozialisten alles verfolgt, gewaltsam unterdrückt und schließlich vernichtet, was ihnen fremd erschien: politisch Andersdenkende, Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Homosexuelle, Maler und Schriftsteller, die anders malten und schrieben, Jugendliche, die moderne Musik, Jazz und Swing hörten, alle, die es wagten, ihr eigenes Leben

zu leben. Solche Sehnsucht nach der Gemeinschaft, das zeigt die Geschichte, kann gemeingefährlich werden.

8. Deutsch sei man nur durch Geburt

Die Rechtsextremen sagen: „Deutscher ist, wer deutsche Eltern hat, also wer deutscher Abstammung ist. Deutsch ist eine ethnische Herkunftsbezeichnung und keine Bezeichnung des momentanen Wohnortes oder des Passes. Die Staatsbürgerschaft muss prinzipiell an die Volkszugehörigkeit gebunden sein. Eine Volkszugehörigkeit kann man sich genau so wenig aussuchen wie die eigene Mutter. In ein Volk wird man schicksalhaft hineingepflanzt. In eine

Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren.“ Was ist davon zu halten?

In ihrer Sehnsucht nach „Volksgemeinschaft“, Einfachheit und Furcht vor Gesellschaft sowie Vielfalt wollen die Rechtsextremen alles auf Abstammung, auf die Gene, reduzieren. Dabei übersehen sie, dass sogar eineiige Zwillinge, die identische Gene haben, bei allen Gemeinsamkeiten sehr eigenständige Menschen mit großen Unterschieden sind. Selbst wenn als Deutsche nur Menschen mit deutscher Abstammung gelten würden, würde es die große Vielfalt an Interessen und Anschauungen geben, die aus Deutschland eine

Gesellschaft und keine „Volksgemeinschaft“ macht.

„Volk“ ist ein anderes Wort für „Nation“. Und obwohl in dem Wort das lateinische Wort „natus“ für „geboren“ steckt, macht das Beispiel Schweiz, Belgien, Österreich und Deutschland klar, dass Nationen oder Völker geschichtlich bedingte, mehr oder weniger zufällige Zusammenschlüsse von großen Menschengruppen sind.

Während der Jahrtausendelangen Geschichte Deutschlands gehörten beinahe alle Gebiete, die heute Deutschland genannt werden, abwechselnd zu den unterschiedlichsten Völkern: Während der Völkerwanderungen zogen alle möglichen Völker über deutsches Gebiet. Große Teile Deutschlands gehörten über

Jahrhunderte zu Rom, unter Karl dem Großen zu Frankreich, dann zu Italien, im Dreißigjährigen Krieg zu Dänemark und Schweden, unter den Habsburgern zu Spanien. Es gab dabei natürlich immer Vermischungen. Insofern sind alle Deutschen heute das, was die Rechtsextremen „Mischlinge“ nennen.

Auch die angeblich „deutsche“ Kultur, die es laut rechtsextremer Propaganda unbedingt vor fremden Einflüssen zu schützen gilt, ist das Ergebnis einer Verschmelzung mit unzähligen „ausländischen“ Einflüssen: Die Zahlen haben wir von den Arabern, aus dem Byzantinischen und später Osmanischen Reich das heiße Bad und die Körperhygiene, die jüdische Religion hat uns die Lesekultur gegeben, aus Italien kamen die

Webkunst, die Baukunst und die Malerei, aus Frankreich der Wein. Ohne diese Einflüsse würden wir heute noch wie einst die frühen Germanen leben. Dass dies

nicht der Fall ist, zeigt wie unsinnig die Vorstellungen der Rechtsextremen von der ethischen Reinheit des deutschen Volkes und der deutschen Kultur sind.

9. Demokratie sei nur Demokratie, wenn allein die Deutschen mitbestimmen

Die Rechtsextremen sagen: „Demokratisch sind nur diejenigen, die für die ausschließliche Herrschaft des Volkes, des deutschen Volkes, eintreten.“ Was ist davon zu halten?

Demokratie kommt von den griechischen Wörtern für Volk („demos“) und Herrschaft („kratie“). Also heißt Demokratie wörtlich: Herrschaft des Volkes. Das wollen die Rechtsextremen nutzen, um in ihrer Sehnsucht nach Gemeinschaft statt Gesellschaft nur noch die-

jenigen mitbestimmen zu lassen, die sie für „deutsch“ erklärt haben.

„Demokratie“ war bei den Griechen vor allem ein Wort, um eine Herrschaftsform von anderen abzugrenzen: „Monokratie“, die Herrschaft eines Einzelnen, „Aristokratie“, die Herrschaft einer kleinen adeligen Elite, „Theokratie“, die Herrschaft der Priester oder die „Plutokratie“, der Herrschaft der Reichen. „Demokratie“ bedeutete demnach die Herrschaft der Vielen. Und die Vielen, das waren damals wie heute diejenigen, die das Wahlrecht haben. Bei den Griechen waren das nur adelige Männer. Später durften nur waffenfähige Männer wählen. Mit der Zeit dehnte sich das Wahlrecht auf immer größere Gruppen aus. Es ist ein Kennzeichen der Moderne, dass diejenigen, die von einer Maßnahme betroffen

sind, auch an ihrer Entscheidung direkt oder indirekt beteiligt werden. Es ist also eine neue Erscheinung in der Geschichte der Demokratie, dass das Volk überhaupt an ihr teilnehmen darf. Wer an der Demokratie teilnehmen darf, war schon immer eine politische Entscheidung und nichts, was sich aus dem Begriff „Demokratie“ ergibt.

Diese politische Entscheidung beruht auf dem modernen Prinzip, dass die Betroffenen von Entscheidungen an ihrer Entstehung mitwirken sollen. Auf Bundesebene und bei Landtagswahlen hält man daran fest, dass erwachsene Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft das Wahlrecht haben. Aber in vielen Bundesländern gibt es bei

Kommunalwahlen auch das Wahlrecht für schon länger dort wohnende Ausländerinnen und Ausländer. Und es wird durchaus diskutiert, das Alter zu senken, das man erreicht haben muss, um an Wahlen teilnehmen zu dürfen. Die Rechtsextremen wollen mit ihrem Satz, Demokratie sei die Herrschaft des deutschen Volks, das „demos“ in Demokratie auf ein angeblich existierendes rein deutschstämmiges „Volk“ beschränken. Damit wollen sie wieder einmal alle Menschen, die sie nicht zum deutschen „Volk“ zählen aus ihrer Demokratie verbannen. Sie würden damit Deutschland in einen vormodernen Zustand zurückführen und aus der internationalen Politik ausschließen.

10. Einwanderung sei Völkermord

Die Rechtsextremen sagen: „Wir lehnen den multikulturellen Gesellschaftsentwurf ab, weil er den Untergang unseres Volkes im eigenen Land besiegelt. Man muß immer daran denken: Die Indianer haben sich nicht oder nur erfolglos gegen die fremden Landräuber gewehrt, und heute leben sie in Reservaten. Dieses Szenario hat nichts mit Angstmacherei zu tun, sondern alle seriösen demographischen Untersuchungen sehen die Deutschen perspektivisch als Minderheit im eigenen Land. Das Indi-

anerschicksal ist dann nicht mehr fern! Masseneinwanderung ist deshalb eine schleichende Form des Völkermords.“ Was ist davon zu halten?

Völkermord ist der Versuch, ein ganzes Volk auszurotten. Das bekannteste Beispiel von Völkermord haben die Nazis begangen, als sie versuchten, alle Juden in Europa zu ermorden. Die Rechtsextremen verherrlichen Hitler und die Nazis. Sie verleugnen ihren Völkermord an den Juden oder finden ihn sogar gut. Wenn sie die Einwanderung von ausländischen Menschen nach Deutschland mit Völkermord vergleichen, ist das eine schamlose Verkehrung der Wirklichkeit. Denn selbst wenn die Einwanderer jemals die Mehrheit im Land wären, würde dadurch kein einziger der Deutschen

ermordet oder auch nur bedroht. Aller Wahrscheinlichkeit würden sie weiterhin das meiste Eigentum an Grund und Boden, die besten Arbeitsplätze und das meiste Vermögen haben. Aber die Passage ist ein eindrucksvolles Dokument dafür, wie sehr sich

die Rechtsextremen von der Einwanderung bedroht fühlen. Sie meinen, Avantgarde in einem Überlebenskampf zu sein. Die Morde der NSU erleben sie als Notwehr, als Selbstverteidigung.

11. Multikulturelle Gesellschaft als Mord

Die Rechtsextremen sagen: „Wo das Volk stirbt (wie in der multikulturellen Gesellschaft), stirbt die Gemeinschaft, wo die Gemeinschaft stirbt, stirbt die Kultur und wo die Kultur stirbt, stirbt der einzelne Mensch.“ Was ist davon zu halten?

Es stimmt, wenn ein Volk stirbt, dann sterben auch die in ihm enthaltenen Gemeinschaften, die Familien, die Freundeskreise, die Nachbarschaften. Aber wann stirbt ein Volk? Es stirbt nur durch

Völkermord wie ihn die Nazis an den europäischen Juden begangen haben.

Die multikulturelle Gesellschaft gibt es schon immer. In Deutschland gibt es schon seit Jahrhunderten unterschiedliche Religionen, unterschiedliche Dialekte und Brauchtümer, Stadt und Land, also unterschiedliche Kulturen und Gemeinschaften. Deutschland und seine unterschiedlichen Kulturen waren während der ganzen Zeit nie in Gefahr zu sterben. Denn Kulturen verändern sich ständig, indem sie sich gegenseitig befruchten, anregen, verändern, bereichern. Das ist die Wirklichkeit der multikulturellen Gesellschaft.

Wie kommen die Rechtsextremen dazu, diese offensichtliche Tatsache zu verleugnen?

Es ist immer wieder das Gleiche: Die Sehnsucht nach der Einfachheit und Vertrautheit einer Gemeinschaft und die Furcht vor der Vielfalt und Komplexität einer Gesellschaft treibt sie vermutlich dazu, jede Vielfalt schon als lebensbedrohlich darzustellen. Diese Furcht ist dann vielleicht auch der Grund für die Gewalt, die sich aus ihrem Umfeld im-

mer wieder gegen Fremde richtet. Sie sind die Mörder, nicht die multikulturelle Gesellschaft.

Diese Aussage zeigt das Bedrohungsgefühl der Rechtsextremen. Es ist eine gezielte Rechtfertigung für die Gewalttaten der Rechtsextremen. Hier liegt die Grundlage für die Morde des NSU.

12. Es gebe Rassen

Die Rechtsextremen sagen: „Längst ist erwiesen, daß das Erbliche bei Einzelnen wie bei Völkern und Rassen (als evolutionsbiologischen Lebensordnungen verwandter Menschen) gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht

zu germanischstämmigen Deutschen.“
Was ist davon zu halten?

Die moderne Genetik hält den Begriff der Rassen bei Menschen für unsinnig. Wir alle stammen aus Afrika und von unseren afrikanischen Urvorfahren ab. Bei der Ausbreitung der Menschen über die Erde haben sich Untergruppen gebildet, die an äußeren Erscheinungen wie Haare und Hautfarbe zu erkennen sind. Genetisch sind diese Unterschiede zwischen diesen Gruppen jedoch geringer als die genetischen Unterschiede zwischen Bruder und Schwester.

Menschen nach solchen äußerlichen Merkmalen beurteilen zu wollen, ist wie wenn man Nahrungsmittel nach ihrer Farbe einteilen wollte und alle roten Nahrungsmittel wie rote Grütze,

Rotwein, roter Rettich und rote Beete in eine Gruppe stecken wollte und Vanillepudding, Weißwein, weißer Rettich und Schlagsahne in die andere. „Rassen“ sind also keine „evolutionsbiologischen Lebensordnungen verwandter Menschen“, sondern Annahmen über die Unterschiede zwischen Menschen, die längst wissenschaftlich widerlegt sind.

Die genetische Forschung zeigt: Bei den Genen ist Vielfalt Trumpf. Gleichheit führt zum genetischen Verfall und zu Missbildungen. Aber Vielfalt ist das, was den Rechtsextremen am meisten Angst einjagt. Darum halten sie an einem überholten Rassebegriff fest, aus dem sie das Recht ableiten, die Vielfalt der Menschen zu bekämpfen und alles ihnen bedrohlich fremd erscheinende zu vertreiben.

13. Ausländer seien schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland

Die Rechtsextremen sagen: „Angesichts der Massenarbeitslosigkeit haben wir Ausländer als Arbeitsplatzkonkurrenten auszuweisen und nicht neue aufzunehmen.“ Was ist davon zu halten?

Hinter dem Argument steckt die Behauptung, schuld an der Arbeitslosigkeit seien die Ausländer. Gerade in den neuen Bundesländern wie Sachsen, woher die Argumentationshilfe für Rechtsextreme stammt, ist diese Behauptung besonders absurd. In den

meisten neuen Bundesländern liegt der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung unter zwei Prozent bei einer Arbeitslosigkeit von über zehn Prozent. Das geht schon rechnerisch nicht.

Doch die meisten Ausländer konkurrieren überhaupt nicht mit deutschen Arbeitskräften. Die schlecht ausgebildeten Ausländer haben häufig Arbeitsplätze, die Deutsche gar nicht wollen. Die gut Ausgebildeten arbeiten in Branchen, in denen es gar nicht genügend gut ausgebildete deutsche Arbeitskräfte gibt.

Bei Arbeit und Arbeitslosigkeit geht es also nicht um den Pass, sondern um das, was man bereit ist zu tun, und das, was man kann. Es gibt in Deutschland viel Arbeit, für die sich kein Deutscher

findet. So zu tun, als ob die Menschen aus dem Ausland, die diese Arbeiten übernehmen, irgendjemandem Arbeit wegnehmen ist Unsinn.

Aber ohne Zweifel gibt es auch Fälle, in denen sich deutsche und ausländische Arbeitskräfte direkt als Konkurrenten gegenüberstehen. Muss da dem deut-

schen Bewerber der Vorzug gegeben werden? Selbstverständlich nicht. Denn genauso wie wenn zwei deutsche Bewerber miteinander konkurrieren, muss ein Unternehmen den besseren Bewerber nehmen und wenn beide gleich gut sind, entscheiden soziale Gesichtspunkte, nicht nationale.

14. Ausländer raus sei ein Mittel zur Entlastung von Arbeitsmarkt und Sozialetat

Die Rechtsextremen sagen: „National agieren wir, indem wir die Ausländer in ihre Heimatländer zurückführen und damit Arbeitsmarkt und Sozialetat massiv entlasten.“ Was ist davon zu halten?

Innerhalb der EU herrscht Freizügigkeit. Das heißt, dass alle Bürgerinnen und Bürger aller Länder der EU überall wohnen und arbeiten dürfen. Die EU-

Ausländer kann man also gar nicht „in ihre Heimatländer zurückführen“.

Das ginge also nur mit den Männern und Frauen außerhalb der EU, die gegenwärtig in der Bundesrepublik leben. Würde ihre „Rückführung in ihre Heimatländer“ den Arbeitsmarkt und den Sozialetat entlasten?

Die ausländischen Arbeitskräfte, die man ausweisen könnte, also vor allem die aus der Türkei, sind überwiegend in Bereichen eingesetzt, in denen Deutsche nicht arbeiten wollen. Ihre Rückkehr in die Türkei, würde kaum eine Entlastung für den Arbeitsmarkt bringen. Die ausländischen Arbeitskräfte von außerhalb der EU zahlen mehr in die Sozialtats ein als sie daraus beziehen. Ausländer raus wäre also sogar ein Verlust für den Sozialetat Deutschlands.

Noch größere Verluste für Arbeitsmarkt und Sozialetat Deutschlands würde die von den Rechtsextremen geforderte Auflösung der EU und Rückkehr zu reinen Nationalstaaten bedeuten. Der Welthandel, von dem

Deutschland lebt, würde auf einen Bruchteil des heutigen Umfangs zurückgehen. Viele Millionen Arbeitsplätze und mit ihnen die Sozialabgaben würden verloren gehen.

15. Der gewalttätige Rassismus gegen angebliche „Mischlinge“

Die Rechtsextremen sagen: „Rückzuführen sind vor allem die Nicht-Europäer. Die Mischlinge, die deutsch-nichteuropäischen Beziehungen entstammen, werden das sich renationalisierende Deutschland über kurz oder lang freiwillig verlassen, weil ihnen der nationale Klimawandel nicht paßt. Sie werden sich ‚Heimatländer‘ suchen, in denen es keine einheitliche Volkssubstanz gibt, in denen die Durchrassung unumkehrbar ist und

die damit verbundene ethno-kulturelle Entwurzelung und Bindungslosigkeit allgegenwärtig ist.“ Was ist davon zu halten?

Diese Passage ist ein Dokument von hervorragender Bedeutung für das Verständnis der Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Der NSU sah es als seine Aufgabe an, mit Terror den gewalttätigen „nationalen Klimawandel“ einzuleiten, der die „Mischlinge“ aus „deutsch-nichteuropäischen Beziehungen“ dazu bringen soll, „über kurz oder lang“ Deutschland „freiwillig“ zu verlassen. Man möchte als friedlicher und freiheitsliebender Mensch in einem solchen vom NSU repräsentierten „sich renationalisierenden Deutschland“ nicht

leben. Es wäre von ständigen Drohungen bestimmt gegen alles, was nicht in die nationale Gemeinschaft einer „einheitlichen Volkssubstanz“ passt. Da gäbe es keine Freiheit mehr, keine kulturelle Vielfalt, keine schöpferische Selbstbestimmung.

Aber schon die Rede von „Mischlingen“ ist ein Skandal. Denn „Mischlinge“ sind wir alle. Wir stammen alle aus Afrika von den ersten Menschen ab, die sich dort unter den besonderen Bedingungen einer Trockensavanne entwickelt haben. Und seither haben sich Menschen immer vermischt sonst gäbe es sie nicht.

16. Die EU sei ein „Völkergefängnis“

Die Rechtsextremen sagen: „Wir sind für ein freies, gerechtes und weißes Europa und gerade deswegen gegen das Völkergefängnis namens EU, das Bürokraten, Wirtschaftslobbyisten und Einwanderungsideologen errichtet haben.“ Was ist davon zu halten?

Ein „weißes Europa“, das ist wieder der Unsinn mit den weißen Nahrungsmitteln, die besser und anders sein sollen als die schwarzen Nahrungsmittel. Weiß oder nicht-weiß macht keinen Un-

terschied zwischen den Menschen. Das ist veralteter, längst widerlegter Rassismus.

„Völkergefängnis EU“ ist genau solcher Unsinn wie das „weiße Europa“. Die Eigenheiten der Regionen haben sich im Prozess der europäischen Einigung verstärkt und nicht abgeschwächt. In Frankreich und auch in Deutschland sind die regionalen Unterschiede innerhalb des Landes etwa zwischen Franken und Oberbayern, zwischen Bretonen und Elsässern stärker ausgeprägt als die Unterschiede zwischen den Ländern. Die Nationen haben in Europa jahrhundertlang Krieg gegeneinander geführt, zuletzt in zwei schrecklichen Weltkriegen. Damit soll Schluss sein, das ist das erste und wichtigste Ziel der europäischen Einigung. Das wollen

die Rechtsextremen wieder rückgängig machen. Sie wollen Deutschland in den Vorkriegsgrenzen wieder herstellen. Damit provozieren sie den nächsten Weltkrieg.

Doch in dem Argument der Rechtsextremen zeigt sich vor allem wieder ihre antimodernistische Grundstimmung. Die Geschichte hat sich auf dem Weg zur Moderne wegbewegt von den traditionellen kleinen Gemeinschaften hin zu komplexen Gesellschaften, die weltweit arbeitsteilig vernetzt sind. Die Rechtsextremen wollen diesen Prozess umkehren und zurückkehren zu einer angeblich reinen, homogenen Gemeinschaft der „Deutschen“, die möglichst wenig zu tun hat mit der Welt da draußen. Die Verwirklichung dieser Pläne würde den Zusammenbruch der deut-

schen Exportwirtschaft bedeuten und damit Arbeitslosigkeit und Armut für gerade diejenigen, die jetzt auf die Rechtsextremen setzen. Die Hoffnung auf eine einfache, überschaubare Gemeinschaft statt der vielfältigen und komplexen Gesellschaft ist aus dem Bedrohungsgefühl der Rechtsextremen durchaus verständlich. Doch übersieht dieses Bedrohungsgefühl, dass es diese Gemeinschaften auch in Gesellschaften gibt. Man kann beides haben, Gemeinschaft und Gesellschaft. Gesellschaft auf Gemeinschaft reduzieren zu wollen, würde einen Rückschritt in der Geschichte bedeuten, der so katastrophal enden würde wie der gleiche Versuch der Nationalsozialisten vor über sechzig Jahren.

17. Es müsse Schluss sein mit der Erinnerung an den Holocaust

Die Rechtsextremen sagen: „Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuld kult und die ewige jüdische Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muß endlich Schluß sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk. Schließlich ist klar, daß die Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will.“ Was ist davon zu halten?

Die Deutschen, genauer, die Nazis unter Duldung der Deutschen, haben beinahe alle Juden in Europa ausgerottet, industriell vergast, erschlagen, verhungern lassen, zu Tode gearbeitet. Und jetzt kommen ihre selbsternannten Nachfolger und beklagen sich darüber, dass die Überlebenden die Täter anklagen und die Tat nicht vergessen lassen wollen. Und sie werfen ihnen vor, „Opfertümelei“ zu betreiben als ob es keine millionenfachen Opfer gegeben hätte. Leugnung oder gar Verherrlichung des Völkermords an den Juden hat Tradition bei den Rechtsradikalen. Sie möchten aber selbst die Alliierten wegen des Bombenkriegs gegen deutsche Städte anklagen. Das ist dann wohl kein „Schuld kult“ und keine „Opfertümelei“. Daraus kann man sehen, dass es hier nicht um eine legi-

time Kritik an Juden geht, sondern um puren Antisemitismus.

Dabei erinnern wir uns an den Holocaust, den Mord an den europäischen Juden, nicht auf Grund des Drucks der Juden, sondern aus eigenem Interesse. Es geht dabei darum, aus Vergangenen für die Zukunft zu lernen. Wenn man einen verhängnisvollen Fehler gemacht hat, zum Beispiel aus Unachtsamkeit einen schweren Unfall verursacht hat, ist es aus eigenem Interesse unverzichtbar, sich immer wieder klar zu machen, was man damals falsch gemacht hat, damit es nicht wieder passiert.

Aus diesem Grund gibt es in Deutschland eine selbstverständliche Erinnerungskultur an die Untaten der Nazis, damit so etwas wie damals nie wieder geschehen kann. Das ist selbstverständlich nicht im Interesse der Rechtsextremen, die die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung von Juden und anderen, die sie nicht zu ihrer „Volksgemeinschaft“ zählen, wiederholen wollen. Das ist der Grund, warum sie sich gegen das Erinnern an den Holocaust aussprechen. Sie wollen aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernen, sie wollen sie wiederholen.

